

5133/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Gisela Wurm und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Autobahnzubringer Innsbruck - Mitte und Hauptmautstelle Radfeld

- a) In Innsbruck wird derzeit heftig über einen Autobahnzubringer bzw. über die Autobahnabfahrt Innsbruck Mitte gestritten. Dabei wurde von Bürgermeister Herwig van Staa immer wieder behauptet, die Finanzierung sei gesichert.
- b) Bei der Diskussion um die Finanzierung eines wirkungsvollen Lärmschutzes und von Maßnahmen die zu einer Verkehrsberuhigung führen, wird immer wieder eine schnelle Verwirklichung des Roadpricings für LKW's gefordert.

Die Unterzeichnenden stellen in diesem Zusammenhang folgende

ANFRAGE

1. Wurden Bürgermeister van Staa vom Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten für die Errichtung einer Autobahnabfahrt Innsbruck - Mitte finanzielle Zusagen gemacht?
2. Wenn ja, welcher prozentuelle Aufteilungsschlüssel wurde zwischen Bund, Land und Stadt vereinbart?
3. Wie hoch sind Ihrer Meinung nach die Errichtungskosten für den geplanten Autobahnzubringer Innsbruck - Mitte?
4. Die Hauptmautstelle bei Radfeld und ihre Nebenmautstellen werden umgehend geplant und errichtet. Ab dem 1.1.2000 soll dort eine LKW - Maut eingehoben werden. Gibt es für die Errichtung der Mautstelle und für die Einhebung einer Maut von Landeshauptmann Wendelin Weingartner eine Zusage, obwohl er derzeit noch vehement Widerstand gegen die Bemautung von LKW's leistet?
5. Warum ist Tirol beziehungsweise Westösterreich im Aufsichtsrat der ASFINAG nicht vertreten, obwohl die Mautstrecken Westösterreichs die größten Geldgeber für dieses Unternehmen sind?